

# NaNa Nahverkehrs Nachrichten

5/2008

20. Februar 2008

Verkehrsvertrag der DB in Berlin und Brandenburg

## EU-Kommission leitet Verfahren ein

Die mit Spannung erwartete Entscheidung der Europäischen Kommission, ein Verfahren wegen Verdachts unzulässiger Beihilfen im SPNV gegen die Bundesrepublik einzuleiten, ist veröffentlicht.

Konkret geht es um einen Vertrag zwischen DB Regio und den Ländern Berlin und Brandenburg über ein Auftragsvolumen von 2,5 Mrd Euro für die Zeit vom 15. Dezember 2002 bis zum 15. Dezember 2012. Das Verfahren wurde im September 2003 eingeleitet, als Connex – heute Veolia – sich mit der Bitte an die Kommission wandte zu prüfen, ob DB Regio durch den Vertrag unzulässige Beihilfen der Länder erhalten sollte. Dafür, dass Connex Recht haben könnte, glaubt die Kommission inzwischen einige Anhaltspunkte gefunden zu haben.

So sollen während der Vertragsdauer vor allem unrentable Linien in den Wettbewerb gehen, ohne dass dies den vereinbarten Kilometerpreis ändert, ci-

ne für DB Regio äußerst günstige Vereinbarung. Die Kommission zitiert das Protokoll einer Sitzung zur Vorbereitung des Vertrags zwischen den Parteien, in dem es heiße, dass DB Regio in den letzten Vertragsjahren das „verdienen“ müsse, was man heute noch mehr verbrauche. Die Kommission moniert, dass ihr noch immer nur eine teilweise geschwzte Fassung des Protokolls vorliege.

Der Hinweis Deutschlands, die Zahlungen an DB Regio seien durch die Wirtschaftberatungsgesellschaft Wibera geprüft und als angemessen beurteilt worden, überzeugte die Kommission offenbar nicht. Sie äußert vielmehr „Bedenken, was die Unparteilichkeit von Wibera angeht“.

„Die Kommission findet insgesamt ungewöhnlich deutliche Worte.“, so Dr. Ute Jasper, Partnerin in der Düsseldorfer Anwaltssozietät Heuking, „Sie rügt nicht nur die schwache Verhandlungsposition der Länder gegenüber

DB Regio, weil die Verhandlungen für sie intransparent waren.“ Die Kommission sehe zudem Anhaltspunkte dafür, dass die DB die Länder mit Quersubventionen unter Druck gesetzt habe.

Sie verweist dazu auf einen Brief, den der Vorstandsvorsitzende der DB, Hartmut Mehdorn, im Sommer 2002 an das Land Sachsen-Anhalt geschrieben haben soll. Er soll dort geäußert haben, dass die Absicht, den regionalen SPNV im Wettbewerb auszuschreiben, das Risiko massiver negativer Auswirkungen auf die Modernisierung und die Arbeitsplätze im Regionalverkehr des jeweils betroffenen Landes berge.

Die Kommission behält sich zudem ausdrücklich vor, wegen möglicher Quersubventionen innerhalb des DB Konzerns, insbesondere über die Tarifierung der Infrastruktur, ein Verstoverfahren einzuleiten. Sie ruft alle Beteiligten auf, sich bis zum 8. März zu dem Sachverhalt zu äußern.